



Rat der  
Europäischen Union

Brüssel, den 18. November 2025  
(OR. en)

---

Interinstitutionelles Dossier:  
2025/0233(NLE)

---

14882/25  
ADD 1

JUSTCIV 173  
CONSOM 247  
MARE 40  
COMER 149  
RELEX 1390

## GESETZGEBUNGSAKTE UND ANDERE RECHTSINSTRUMENTE

---

Betr.: Erklärung nach Artikel 18 Absatz 2 des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die internationalen Wirkungen von Zwangsveräußerungen von Schiffen („Übereinkommen von Peking über Zwangsveräußerungen von Schiffen“), das am 7. Dezember 2022 in New York von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen wurde, zur Zuständigkeit der Europäischen Union in denjenigen Angelegenheiten, die in dem genannten Übereinkommen geregelt sind und für die die Mitgliedstaaten ihre Zuständigkeit auf die Europäische Union übertragen haben

---

Erklärung nach Artikel 18 Absatz 2 des Übereinkommens der Vereinten Nationen  
über die internationalen Wirkungen von Zwangsveräußerungen von Schiffen  
(„Übereinkommen von Peking über Zwangsveräußerungen von Schiffen“),  
das am 7. Dezember 2022 in New York von der Generalversammlung der Vereinten Nationen  
angenommen wurde, zur Zuständigkeit der Europäischen Union  
in denjenigen Angelegenheiten, die in dem genannten Übereinkommen geregelt sind  
und für die die Mitgliedstaaten ihre Zuständigkeit auf die Europäische Union übertragen haben

Nach Artikel 18 Absatz 1 des Übereinkommens von Peking über die internationalen Wirkungen  
von Zwangsveräußerungen von Schiffen (im Folgenden „Übereinkommen“) kann eine Organisation  
der regionalen Wirtschaftsintegration, die aus souveränen Staaten besteht und für bestimmte in  
diesem Übereinkommen geregelte Angelegenheiten zuständig ist, das Übereinkommen  
unterzeichnen. Nach Artikel 18 Absatz 2 des Übereinkommens hat die Organisation der regionalen  
Wirtschaftsintegration eine Erklärung abzugeben, in der sie die in dem Übereinkommen geregelten  
Angelegenheiten bezeichnet, für die ihr von ihren Mitgliedstaaten die Zuständigkeit übertragen  
wurde. Die Europäische Union hat beschlossen, das Übereinkommen abzuschließen, und bekräftigt  
hiermit die Erklärung, die sie bei der Unterzeichnung des Übereinkommens am 14. März 2024  
abgegeben hat.

Soweit sie sich auf allgemeine Vorschriften auswirken oder den Anwendungsbereich der in Buchstaben a und b der genannten Rechtsakte verändern könnten, handelt es sich bei den in dem Übereinkommen geregelten Angelegenheiten, für die die Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Zuständigkeit übertragen haben und für die die Europäische Union im Sinne von Artikel 3 Absatz 2 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union über die ausschließliche Zuständigkeit verfügt, um folgende:

- a) Artikel 9 des Übereinkommens („Zuständigkeit für die Aufhebung und Aussetzung einer Zwangsveräußerung“) in Bezug auf die Regeln zur gerichtlichen Zuständigkeit in Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (ABl. EU L 351 vom 20.12.2012, S. 1) und
- b) Artikel 4 des Übereinkommens („Zwangsveräußerungsmitteilung“) in Bezug auf die Vorschriften für die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen (Zustellung von Schriftstücken) in der Verordnung (EU) 2020/1784 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2020 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten (ABl. EU L 405 vom 2.12.2020, S. 40).

Die Zuständigkeiten der Europäischen Union nach dem Vertrag über die Europäische Union (EUV) und dem AEUV sind naturgemäß einem ständigen Wandel unterworfen. Die zuständigen Organe können nach Maßgabe der Verträge Beschlüsse fassen, die den Umfang der Zuständigkeiten der Europäischen Union bestimmen. Die Europäische Union behält sich folglich das Recht vor, diese Erklärung entsprechend zu ändern, ohne dass eine solche Änderung eine Voraussetzung für die Wahrnehmung ihrer Zuständigkeit für in dem Übereinkommen geregelte Angelegenheiten wäre.

Die Union stellt klar, dass das Übereinkommen in Bezug auf die Zuständigkeiten der Union auf die Hoheitsgebiete der Mitgliedstaaten Anwendung findet, in denen der EUV und der AEUV gemäß Artikel 52 EUV angewandt werden, und zwar unter den Bedingungen, die unter anderem in Artikel 355 AEUV festgelegt sind.

---